



Zehn Jahre euro-mediterrane Partnerschaft (1995-2005)

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der euro-mediterranen Partnerschaft findet am 27./28. November 2005 in Barcelona ein außerordentliches Gipfeltreffen zwischen der EU und den Mittelmeerpartnerstaaten statt. Es erinnert an ein Außenministertreffen der EU-Mitgliedstaaten und der südlichen und östlichen Mittelmeeranrainerstaaten Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Jordanien, Syrien, Türkei, Malta, Zypern, dem Libanon und der Palästinensischen Autonomiebehörde Ende November 1995 in Barcelona. Die damals verabschiedete „Deklaration von Barcelona“ bildete den rechtlichen und politischen Rahmen für die künftigen Beziehungen der euro-mediterranen Partnerschaft. Ziel des Barcelona-Prozesses war die Förderung demokratischer Strukturen im südlichen Vorfeld europäischer Sicherheitsinteressen.

Seit Beginn der 1990er Jahre wendet sich die EU verstärkt dem Mittelmeerraum zu. 1994 legte die Kommission eine „Verordnung über finanzielle und technische Hilfe“ zur Unterstützung sozialer und ökonomischer Reformen in den südlichen und östlichen Mittelmeerländern (**sog. MEDA-Programm**) vor und regte die Entwicklung einer engen Partnerschaft mit den Mittelmeeranrainerstaaten an. Die Konferenz von Barcelona verabschiedete im Jahr 1995 eine analog zum KSZE-Schlussdokument aus einer Präambel und drei thematischen Körben bestehende Deklaration.

Der **erste Korb (Politik und Sicherheit)** enthielt neben einem Bekenntnis zur Demokratie allgemein gehaltene Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte. Die Verabschiedung einer **Charta für Frieden und Stabilität** wurde wegen der Eskalation des Nahostkonflikts mehrfach verschoben. Zwischenzeitlich wurde im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ein Sicherheitsdialog entwickelt. Im November 2005 entsandte die EU eine auf drei Jahre angelegte zivile Polizeimission zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in den palästinensisch besetzten Gebieten. Kritiker warnen jedoch vor einer breit angelegten, engeren Kooperation im militärischen Bereich, da die meisten Partnerstaaten noch immer autoritär oder autokratisch regiert werden.

Der **zweite Korb (Wirtschaft und Finanzen)** zielte auf die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen und die Schaffung einer **euro-mediterranen Freihandelszone bis 2010**, die

durch bilaterale Assoziierungsabkommen ergänzt werden sollte. Mit Tunesien, Israel (beide 1995), Marokko (1996), Jordanien (1997), Ägypten (1999), Algerien (2001), dem Libanon (2002) und Syrien (2004) wurden sog. **Euro-Med-Assoziierungsabkommen** unterzeichnet. Libyen hat seit 1999 Beobachterstatus.

Die Abkommen sehen eine sofortige Marktöffnung für Rohstoffe, Zwischenprodukte und Investitionsgüter vor. Für Industriegüter ist die Marktöffnung innerhalb einer Frist von 12 Jahren und für Konsumgüter und Agrarprodukte war eine schrittweise Öffnung der Märkte geplant. Dienstleistungen sollen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen liberalisiert werden. Der Binnenhandel zwischen den Mittelmeerpartnern sollte bis 2010 realisiert werden. Die Verhandlungen und der Ratifikationsprozess der Abkommen gestalteten sich so zeitintensiv, dass die Errichtung der Freihandelszone bis 2010 in Frage gestellt ist. Dazu kommt die Furcht in den Mittelmeeranrainerstaaten, die Freihandelszone könnte die Wettbewerbschancen der heimischen Wirtschaft mindern. Besonders schwierig gestaltete sich die Liberalisierung des Handels für Agrarprodukte. Am 14. November 2005 entschied der Rat der EU, der Kommission ein Verhandlungsmandat für bilaterale Vereinbarungen mit den Euromed-Staaten, die Assoziierungsabkommen mit der EU abgeschlossen haben, zu erteilen mit dem Ziel wechselseitiger Handelsliberalisierung für Agrarprodukte einschließlich Fischereiprodukte (mit wenigen, WTO-konformen Ausnahmen). Anscheinend haben Marokko und Ägypten bereits ihre

Bereitschaft zu den Verhandlungen signalisiert, während andere Staaten im Hinblick auf die anstehenden Doha-Verhandlungen eher zurückhaltend reagieren. Die Kommission erhofft sich einen positiven Impuls für die Verwirklichung der Freihandelszone. Die Zersplitterung der Märkte hemme schließlich inwie ausländische Investitionen.

Der dritte Korb (Partnerschaft im sozialen, kulturellen und humanitären Bereich) dient der Entwicklung sozialer und kultureller Aspekte und dem Verständnis für die jeweilige Kultur und Religion. Auch die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und der illegalen Zuwanderung fällt in diesen Bereich. Das letzte der bislang sieben euro-mediterranen Treffen hierzu (politische Konsultationen auf Minister- und Beamtenebene) fand im Mai 2005 statt.

Wichtigste **Finanzierungsinstrumente** der euro-mediterranen Partnerschaft sind das MEDA-Programm sowie Mittel der **Europäischen Investitionsbank (EIB)**. In der ersten Finanzierungsphase 1996-1999 wurden durch MEDA ca. 3,4 Mrd. € und nochmals 4,8 Mrd. € von der EIB bereitgestellt; in der zweiten Phase 2000-2006 wurden 5,3 Mrd. € durch MEDA und nochmals 7,4 Mrd. € von der EIB zur Verfügung gestellt.

Seit März 2004 hat die euro-mediterrane Partnerschaft mit der aus 240 Abgeordneten bestehenden **Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (EMPA)** eine parlamentarische Dimension. In die EMPA, die erstmals im März 2005 in Kairo tagte, entsenden die EU-Mitgliedstaaten je 3 Vertreter, das EP 45 und die Mittelmeerstaaten je 12. Inzwischen haben sich der Politische Ausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und der Ausschuss für die Förderung der Lebensqualität konstituiert. Die EMPA, die einzige gemeinsame, im Rahmen des Barcelona-Prozesses gegründete Institution, trat am 20. und 21. November 2005 in Rabat, Marokko, unter Leitung des Präsidenten des Europäischen Parlaments zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, erarbeitete eine Entschließung, die den Staats- und Regierungschefs vorgelegt werden soll und setzte u.a. die Anna-Lindt-Stiftung ein.

Im Rahmen der letzten EU-Erweiterung sind Malta und Zypern – beide zunächst euro-mediterrane Partnerstaaten – EU-Mitglieder geworden; die Türkei hat 2005 Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen. Somit gehören der euro-mediterranen Partnerschaft nunmehr 35 Mitglieder (25 EU-Staaten und 10 Mittelmeerpartner) an.

Die **Bilanz** nach zehn Jahren euro-mediterraner Partnerschaft ist eher ernüchternd und das Potenzial, das der bestehende Rahmen bietet, nicht ausgeschöpft. Die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen haben sich seit 1995 in den meisten euro-mediterranen Partnerländern nicht wesentlich verbessert. Außerdem sind ein Erstarren des militanten Islamismus und unkontrollierte Migrationsbewegungen zu beobachten. Auch in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte hat sich die Situation in den meisten Partnerstaaten nicht grundlegend geändert. Die im MEDA-Programm und in den Euro-Med-Abkommen enthaltenen Suspensionsklauseln, die ein Aussetzen der Kooperation bei groben Verletzungen demokratischer Regeln oder Verstößen gegen die Menschenrechte ermöglichte, kamen nicht zur Anwendung. Die EU setzt auf den Dialog mit Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft. In einer Entschließung vom Oktober 2005 bedauerte der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments, dass die euro-mediterrane Partnerschaft bisher nicht zur Lösung der großen Konflikte im Mittelmeerraum beigetragen habe. Die Kommission macht für die zögerliche Umsetzung der Barcelona-Ziele nachlassende Reformbemühungen in den Partnerstaaten und eskalierende Binnenkonflikte verantwortlich.

Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Diese Defizite und Problembereiche des Barcelona-Prozesses erkennend, stellte die Kommission im Juli 2002 ein überarbeitetes Konzept zur Mittelmeerpolitik vor, mit dem die Beziehungen zu den neuen Nachbarn Russland, Weißrussland, Ukraine und Moldau sowie die euro-mediterrane Partnerschaft zu einer europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zusammengefasst werden sollten, und ergänzte dies im März 2003 durch einen neuen Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. Die EU-Außengrenze sollte ein **Ring befreundeter Staaten** umgeben, denen bei nachgewiesenen Fortschritten bei der Umsetzung wirtschaftlicher und politischer Reformen über die schon bestehenden Assoziierungs- und Partnerschaftsabkommen hinaus eine schrittweise Teilnahme an den vier Binnenmarktfreiheiten angeboten werden soll. Damit geht die ENP deutlich über die Freihandelszone der euro-mediterranen Partnerschaft hinaus.

Im März 2004 legte die Kommission das **Strategiepapier zur Europäischen Nachbarschaftspolitik** vor, das als wesentliche Neuerung gemeinsam mit den Partnerländern formulierte **nationale Aktionspläne** für jeweils drei bis fünf Jahre vorsieht. So sollen Reformprogramme besser an die individuelle

Situation in den Partnerländern angepasst und die Eigenverantwortung bei der Umsetzung gestärkt werden. Mit Marokko, Tunesien, Jordanien, Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde wurden nationale Aktionspläne vereinbart. Kritische Stimmen weisen jedoch darauf hin, dass zwar für den ökonomischen Bereich ein **Benchmarking** aufgenommen, für den problematischeren Bereich der politischen Reformen jedoch auf dieses Instrument verzichtet wurde.

2005 kündigte die Kommission bei einer Evaluierung des Barcelona-Prozesses an, in den nächsten fünf Jahren verstärkt Ausbildungsprogramme für Jugendliche zu fördern und stellt dazu bis 2006 im Rahmen des MEDA-2 Programms ca. 700 Mio. € zur Verfügung. Nach 2007 soll diese Summe um nochmals 50 % erhöht werden.

Für 2006 schlägt die Kommission eine **Europa-Mittelmeer-Konferenz über Menschenrechte**

und Demokratisierung vor. Im Rahmen der ENP will die EU künftig verstärkt solche Partner unterstützen, die sich klar zu politischen Reformen und Demokratie bekennen.

Das Europäische Parlament hat in einer am 27. Oktober 2005 angenommenen, umfangreichen Entschließung Stellung genommen und u.a. angemerkt, dass wirtschaftliche Aspekte der Partnerschaft auf soziale Kohäsion und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet sein sollten. Die Zusammenarbeit müsse verstärkt den Zusammenhang zwischen Frieden, Handel und Zivilgesellschaft verdeutlichen und die Entwicklung der Demokratie in der Region eine der Kernfragen der Partnerschaft bleiben. Die Bekämpfung des Terrorismus dürfe nicht auf Kosten der bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte betrieben werden.

Quellen und Literatur:

- Mitteilung der Kommission. Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn, KOM(2003) 104,
- Mitteilung der Kommission. Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier, KOM(2004) 139,
- Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - 10. Jahrestag der Partnerschaft Europa-Mittelmeer: ein Arbeitsprogramm für die Herausforderungen der nächsten fünf Jahre, KOM (2005) 139,
- Conclusions for the 7th. Euro-Mediterranean Conference of Ministers of Foreign Affairs (Luxemburg, 30.-31. May 2005).
- Entschließung Europäischen Parlamentes vom 27.10.2005 zu "Der Barcelona-Prozess – neu aufgelegt" (2005/2058(INI), P6_TA-PROV(2005)0412
- Annette Jünemann: Zehn Jahre Barcelona-Prozess, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45/2005, 7. November 2005, S. 7-14.
- Babak Khalatbari: Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt, in: Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, www.dias2-online.org/direktorien/mashrek/050604_09
- Andreas Marchetti (Hrsg.): Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade, in: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Discussion Paper C154, Bonn 2005.
- Bulletin Quotidien Europe Nr. 9069 vom 17. November 2005, S. 8
- Eberhard Rhein: Die Europäische Union und der Mittelmeerraum, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn 2004, S. 521-538
- Jörg Schneider: Die Mittelmeerpolitik der EU, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Aktueller Begriff vom 24.4.2002, Nr. 16/2002.
- Jörg Schneider: Die neuen Nachbarn der EU, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Info-Brief, 19. Januar 2004.

Dr. Schneider, Fachbereich XII – Europa, Tel.: 227-33614, E-mail: vorzimmer.wf12g@bundestag.de